Tagungsberichte

Jagoda Rosul-Gajic, Birgit Erbe

Gender, Frieden und Sicherheit

Internationale Konferenz vom 9.–10. Juli 2010 in München

Zusammenfassung

Warum brauchen die Internationalen Beziehungen eine Geschlechterperspektive? Was sind die größten Herausforderungen bei der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene? Warum ist Geschlechtergerechtigkeit als wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Friedenspolitik bedeutend? Antworten auf diese Fragen wurden bei der Tagung aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive diskutiert. Die Beiträge zur Umsetzung der Resolution 1325 zeigten, dass mit diesem Instrument eine sinnvolle politische Strategie entworfen wurde. Dennoch gibt es viele Mängel bei der Implementierung. Weitere Themen waren völkerrechtliche Fragen, die Einschätzung aus Sicht der Theorien zu Internationalen Beziehungen und das Konzept der Menschlichen Sicherheit.

Schlüsselwörter
Internationale Beziehungen, Konfliktbearbeitung, Völkerrecht, internationale Frauenorganisationen, Geschlecht und Frieden

Summary

Gender, Peace and Security
International conference from 9th to 10th of July 2010 in Munich

Why do International Relations need a gender perspective? What are the biggest challenges for the implementation of the UN Security Council resolution 1325 at international, European and national level? Why is gender equality an essential component of sustainable peace policy? Answers to these questions were discussed at the conference from academic and practical perspectives. The presentations on the implementation of resolution 1325 showed that this instrument was designed with a good political strategy, but there are still many shortcomings in the implementation. Other subjects were international legal issues, assessment from the perspective of theories of international relations and the concept of human security. In conclusion, it is apparent that no lasting peace or security can be created without taking account of gender relations in conflict and postconflict situations.

Keywords
International relations, conflict resolution, international law, international women's organisations, gender and peace

Anlass für die Tagung der Frauenakademie München e.V. und des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen der Universität der Bundeswehr war der zehnte Jahrestag der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats. Seit Jahrzehnten setzen sich Frauen dafür ein, die Gewalt an Frauen und deren Lebensumstände in Kriegs- und Nachkriegssituationen sichtbar zu machen. Sie fordern eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Konfliktprävention und bei friedensstiftenden Maßnahmen. Ein erster Durchbruch gelang mit der Verabschiedung der Resolution 1325 im Jahr 2000. Die Resolution umfasst die drei P's: Participation (gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in regionalen, nationalen und internationalen Institutionen sowie bei der Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten), Pro-

tection (Schutz insbesondere vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten, aber auch in Post-Konflikt-Situationen) und Prevention (Vorbeugung von Konflikten).

Zur Eröffnung der Konferenz sprachen *Merith Niehuss*, Präsidentin der Universität der Bundeswehr München, und *Jan Kurpan* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Niehuss betonte, dass die Rolle der Frau im Militär und in den Einsatzgebieten viel stärker aufgearbeitet werden müsse. Kurpan schloss daran an, dass mit dem Veranstaltungsort die Hoffnung verbunden sei, durch überzeugende politische und wissenschaftliche Argumentation sowie praktische Beispiele einen Lernprozess anzustoßen.

Unter dem Titel „Geschlecht und Konflikt. Warum die internationalen Beziehungen eine Geschlechterperspektive brauchen" führte *Susanne Zwingel*, State University of New York in Potsdam (USA), in das Thema ein. Ihre Hauptthese lautete: Eine geschlechtssensible Perspektive ist wichtig zum Verständnis, zur Analyse und zur Prävention von Konflikten bzw. zur Herstellung von nachhaltig befriedeten Gesellschaften. Die Kategorie Geschlecht – im Sinne von Geschlechterdifferenz und -hierarchie, von Gewalt- und Dominanzverhältnis – sei eine zentrale Dimension von Konflikten und Kriegen, sie werde aber bisher noch zu oft ausgeblendet, während zum Beispiel wirtschaftliche Interessen oder bestimmte kollektive Identitäten als Konfliktursachen untersucht werden. Hierarchische Geschlechterverhältnisse produzierten vielfältige und massenhafte Gewalt. Ein hoher Grad an Gewalt gegenüber Frauen sei nachweislich ein Indikator dafür, dass in einem eskalierenden Konflikt Gewalt als „normales" Mittel der Auseinandersetzung gesehen und benutzt werde. Aus dieser Erkenntnis seien entsprechende Konfliktbearbeitungsstrategien zu ziehen.

Wie notwendig Gender-Analysen für die Erforschung von Kriegsursachen, Kriegshandlungen und Friedensprozessen in Afrika sind, zeigte *Rita Schäfer*, Freie Universität Berlin, an Fallbeispielen kritischer FriedensforscherInnen. Die ForscherInnen verwendeten dabei einen Gender-Begriff, der von gesellschaftlich konstruierten Rollen und Normen ausgehe. Diese werden historisch kontextualisiert. Darüber hinaus erfassten die Studien Gender als Phänomen, das mit politischen und ökonomischen Machtstrukturen verwoben ist. Diese komplexen Machtdimensionen beziehen sich keineswegs nur auf Hierarchien zwischen Frauen und Männern, sondern auch auf Differenzen zwischen Frauen und – was für die hier zu klärenden Zusammenhänge besonders wichtig sei – auf Machtverhältnisse und Hierarchien zwischen Männern. Schließlich verstärkten Status und Rang, Besitzverhältnisse und wirtschaftliche Situation, Alter, Familienstand, Religion, politische Orientierung, Nationalität und Ethnizität die Geschlechterhierarchien. Hierin seien latente Konflikte begründet. Gender sei also ein zentraler Schlüssel zum Verständnis von Kriegen und Nachkriegsgesellschaften.

Memnuna Zvizdić, Geschäftsführerin der bosnischen Frauenorganisation Žene Ženama aus Sarajevo, bilanzierte die Umsetzung der Resolution 1325 in Bosnien und Herzegowina aus der Praxis. Das Thema Gender sei in der Öffentlichkeit zu einem Politikum geworden. Die Umsetzung von frauenspezifischen Instrumentarien in nationale Politik sei durch den Mangel an geschlechtersensiblen Strukturen und fehlendes Interesse der EntscheidungsträgerInnen aber nach wie vor äußerst schwierig. Zwar arbeiteten Frauengruppen eng mit einigen staatlichen Institutionen zusammen, wie zum Beispiel mit der Agency for Gender Equality in Bosnien und Herzegowina,. Gemeinsam mit an-

deren Institutionen waren die Frauenorganisationen an der Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans für die Umsetzung der Resolution 1325 beteiligt. Aber nach wie vor seien Frauen von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und Frauenrechte nicht auf der Prioritätenliste der bosnischen Regierung sowie der internationalen Kräfte.

Aus Sicht von *Sarah Taylor*, NGO Working Group on Women, Peace and Security, die bei den Vereinten Nationen Lobbying für die Frauen an der Basis betreibt, ist mit der Resolution bereits eine hervorragende politische Strategie entworfen worden, aber es gibt deutliche Schwächen bei der Umsetzung. So sei seit ihrer Verabschiedung der Anteil von Frauen, die an Friedensverhandlungen beteiligt wurden, von 4,1 Prozent (2000) auf 1,7 Prozent (2009) gesunken. Auch beim Schutz von Frauen und bei der Verhütung von gewaltförmigen Konflikten tue sich die Weltgemeinschaft extrem schwer. Das Momentum, das durch den zehnten Jahrestag und die vielfältigen Aktivitäten gegenwärtig bestünde, müsste dringend politisch genutzt werden.

Dem Zusammenhang zwischen der Resolution 1325 und dem Völkerrecht widmete sich *Markus Zöckler*, Institut für Völkerrecht an der Universität München. Die Resolution 1325 wiederhole nur deklaratorisch, was bereits vorher als klare völkerrechtliche Verpflichtung allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nation und den Vereinten Nationen selbst auferlegt worden sei. Allerdings sage das Völkerrecht nicht genau, wie diese Verpflichtungen umzusetzen sind. Es gelte, von einer abstrakten Norm Schritt für Schritt zu einer konkreten Norm zu kommen.

*Sanne Tielemans***,** European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) in Brüssel, berichtete über den Stand der Umsetzung der Resolution 1325 auf europäischer Ebene. Derzeit gibt es zwölf europäische Staaten, die einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution verabschiedet haben. Deutschland hat keinen solchen Plan verabschiedet und strebt auch keinen an. Obwohl die nationalen Aktionspläne die Resolution sichtbar machten und die Möglichkeiten für eine kohärente Strategie verbesserten, gebe es dennoch viele Mängel. Es fehlten realistische Ziele, Prioritätensetzung, Zeitplan, Indikatoren und Monitoringsysteme. Sie forderte die Einrichtung eines Standing Operation Committees, das die Umsetzung der Resolution 1325 überwacht.

Auf der Tagung wurden verschiedene Empfehlungen ausgesprochen:

- neue Wege in der Personalrekrutierung (u. a. mehr zivile Angestellte im BMVg, wodurch mehr Frauen in hohe Positionen kommen könnten; Überprüfung von Anforderungsprofilen und stärkere Motivierung von Frauen für Friedenseinsätze)
- Verbreitung der Grundgedanken der Resolution 1325 und des Gender Mainstreamings innerhalb der Ministerien und der Bundeswehr (z. B. Gender-Kompetenz als Auswahlkriterium für Einstellungen und Beförderungen, Anwendung von Gender Budgeting bei internationaler Hilfe und Einsätzen)
- das Zusammenfassen bestehender Aktionspläne in einem nationalen Aktionsplan zur Resolution 1325, um deren Sichtbarkeit und Bedeutung zu erhöhen
- Indikatoren sollen die Vorgaben der Resolution konkretisieren und Umsetzungserfolge messbar machen

Der Fokus des zweiten Tages lag auf Gender in Postkonfliktsituationen. Dazu kam ein Ausblick aus einer wissenschaftlichen und einer zivilgesellschaftlichen Perspektive.

Ruth Seifert, FH Regensburg, die mehrere Forschungsaufenthalte auf dem Balkan verbracht hatte, griff in ihrem Vortrag den Aspekt des Wiederaufbaus nach dem Krieg und die Veränderung von Subjektivitäten auf. Die Veränderungen von Subjektivitäten ereigneten sich unter bestimmten Machtkonstellationen. Eine dieser Machtgruppen sei die internationale Gemeinschaft, die zum Ziel habe, einen liberalen Frieden zu schaffen. Liberaler Frieden solle durch die Regulierung von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Prozessen geschaffen werden. Die Anforderungen des neoliberalen Friedens seien nicht notwendigerweise in Harmonie mit den lokalen Gender-Politiken, was zu einem Hindernis für den Frieden werden könne. Der Neoliberalismus erodiere die Grenzen zwischen den Geschlechtern, weil er das Individuum als geschlechtsneutral definiere. Diese Vorstellung kollidiere häufig mit Rollenbildern von Frauen und Männern in den Krisengebieten.

Helmut Ganser, Brigadegeneral a. D., betonte in seinem Vortrag über Sicherheitspolitik, Komplexität und Gender, dass eine ausgewogenere Einbeziehung von Frauen und Männern in sicherheitspolitisch relevante Positionen und Prozesse die Professionalität der operativen Sicherheitspolitik halten und noch erhöhen könne. Das Potenzial für intelligentere, komplexitätsgerechtere und nachhaltigere Problemlösungen liege vor allem in der fruchtbaren professionellen und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Geschlechter.

Die Gender-Expertin *Vjollca Krasniqi* von der Universität Prishtina äußerte massive Kritik an den Auswirkungen der internationalen Intervention im Kosovo. Die Menschen dort würden marginalisiert. Die UN sei mit einer kolonialen Haltung vorgegangen, die von der EU fortgesetzt werde. Die Genderfrage sei niemals als wichtiger Aspekt des Demokratisierungsprozesses betrachtet worden. Auch elf Jahre nach dem Krieg habe sich die Situation nicht wesentlich verändert. Frauen würden als Objekte politischer Entscheidungen behandelt und nicht als Akteurinnen. Die Resolution 1325 werde folglich auch nicht als wichtiges Instrument gesehen.

Kritisch mit den feministischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen (IB) setzte sich *Carlo Masala* von der Universität der Bundeswehr München auseinander. Die feministischen Theorien müssten sich stärker in den Mainstream der IB-Debatte einbringen oder weiterhin ein Nischendasein fristen, lautete sein Hauptargument. Ebenso sollten feministische ForscherInnen stärker die analytischen, normativen und policyorientierten Aspekte in den Analysen darlegen, denn das trage dazu bei, dialogfähiger mit dem Mainstream zu werden. Außerdem sollten sie sich für die Frage öffnen: Was kann Feminismus für die zwei Ebenen, nämlich Staat und internationale Systeme, an Erkenntnisgewinn beitragen?

Das Schlussplädoyer hielt *Heidi Meinzolt* von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Sie warb für das Konzept der Menschlichen Sicherheit, das Demilitarisierung, Abrüstung und eine Umschichtung der Gelder erfordere. Frieden schaffende Potenziale im Bereich Prävention würden absolut unterbewertet und nicht ausgeschöpft. Dieser Kontext müsse entsprechend ausgebaut werden.

Insgesamt war die Veranstaltung vielfältig und anregend. Die rund 80 TeilnehmerInnen aus zehn Ländern nahmen die Chance wahr, Positionen und Konzepte von ExpertInnen kritisch zu reflektieren und Netzwerke zu bilden. Dem wissenschaftlichen Diskurs wurde eine große Bedeutung beigemessen, da vor allem im deutschsprachigen

Raum Gender als Analysekategorie immer noch marginalisiert wird. Umso wichtiger scheint die Weiterführung der Diskussion zu Fragen der Umsetzung des Gender Mainstreamings im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel, die internationale Politik von hierarchischen Geschlechterrollen zu befreien und eine nachhaltige Friedenspolitik zu befördern.

Zur Person

Jagoda Rosul-Gajic, M.A. Politische Wissenschaft, Mitarbeiterin in der Frauenakademie München e.V. Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Konfliktforschung, Gender und feministische Analyse internationaler Beziehungen
Kontakt: E-Mail: rosul-gajic@frauenakademie.de

Birgit Erbe, Dipl.-Pol., M.A. in Race and Ethnic Studies, Geschäftsführerin der Frauenakademie München e.V. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellung von Frauen und Männern, Gender Budgeting, Frauen in der Wissenschaft, Europäischer Integrationsprozess, Gender und Interkultur
Kontakt: E-Mail: erbe@frauenakademie.de